



Wolfgang Thierse, Vorsitzender des Kulturforums der Sozialdemokratie

Zukunft der Kulturlandschaft Ost

**Rede anlässlich der öffentlichen Veranstaltung „Standortvorteil Kultur“
am 19. Mai 2006 in Greifswald**

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

dass ich hier als Bundespolitiker über Kultur spreche, ist in Zeiten, wo wir in Berlin über eine Verfassungsreform – die Föderalismusreform - debattieren, fast eine Unverschämtheit. Denn Sie wissen ja, die Kultur ist das Allerheiligste der Länderhoheit, und es gibt nicht wenige, die versuchen diese Länderhoheit auch auf die Bereiche Bildung und Forschung auszuweiten. Ich bin gespannt, wie die Debatte ausgeht. Ich habe nicht den Eindruck, dass unser Land sehr viel gewinnen würde, wenn das, was einmal zur Erfolgsgeschichte der alten Bundesrepublik gehörte, nämlich der solidarische Föderalismus, abgelöst werden würde durch einen Wettbewerbsföderalismus. Damit wir uns nicht missverstehen, Wettbewerb ist ein Wesenselement einer menschlichen Gesellschaft, erst recht einer Marktwirtschaft, aber als Sozialdemokraten wissen wir doch, dass nicht alles dem Markt ausgeliefert werden kann, dass nicht alles im Wettbewerb entschieden werden darf, sondern dass wir auch in vielen Feldern der solidarischen Kooperation bedürfen. Das gilt in besonderer Weise für Bildung, das gilt in besonderer Weise auch für Kultur, also für all jene öffentlichen Güter, auf die wir angewiesen sind. Und öffentliche Güter meint, es gibt viele Dinge, die nicht allein durch Kauf erworben werden sollen, viele Dinge, wo nicht der Geldbeutel entscheiden darf, sondern wo die gleiche

und faire Zugänglichkeit ein Moment der Freiheit ist. Dass alle gleichen Zugang zur Bildung haben - wiewohl das Ergebnis gleicher Bildung höchst unterschiedlich ist, das ist ja das Wunderbare, weil wir halt unterschiedlich begabt sind. Dass aber alle dazu selber auch einen Beitrag leisten, die eigene Anstrengung und übrigens auch einen finanziellen Beitrag, das war immer schon so, deswegen nennen wir sie ja *öffentliche* Güter und nicht *(ver-)staatliche* Güter. Aber dass die Gemeinschaft und insofern die Politik eine Verantwortung für diese Zugänglichkeit hat, das ist grundlegend. Ob das auch künftig in der angemessenen Weise zur Kooperation zwischen Bund, Ländern und Kommunen z. B. bei der Kultur möglich sein wird, davon handelt die Verfassungsreform. Und sie handelt vernünftigerweise davon, um nun auf mein Thema zu kommen, denn wir Ostdeutschen wissen, wie wichtig die Kooperation zwischen Bund und Ländern gerade auf dem Feld der Kultur für uns gewesen ist und auch bleiben muss. Wer, meine Damen und Herren, einen Blick nach vorn werfen soll, beginnt vernünftigerweise mit einem Blick zurück.

Nach 1990, wie sagt man heute auf vornehmste Weise, nach diesem *annus mirabilis*, diesem wunderbaren Jahr des Aufbruchs und Umbruchs, ging es in der Kultur wie in den anderen Bereichen unseres gesellschaftlichen Lebens um fundamentale Veränderungen.

Veränderungen von einer SED-geprägten und planwirtschaftlichen DDR und ihrem System in demokratische Verhältnisse und dabei auch um Umwandlung und Veränderung der Kultur. Zum Zeitpunkt der Wende verfügte die DDR über ein einzigartiges flächendeckendes Netz kultureller Institutionen, die historisch in einem langen Prozess entstanden waren. 22 Prozent des Staatshaushaltes wurden 1988 ausgegeben, um – wie hieß es damals? die Älteren erinnern sich – „dem sozialistischen Erziehungsauftrag“ gerecht zu werden, alle sozialen Schichten, gerade die Werktätigen, einzubeziehen und über die größeren Städte hinaus auch ländliche Regionen mit Angeboten von Bildung, von Kunst, von Kultur zu versorgen. In den neuen Bundesländern einschließlich Ostberlins gab es zum Zeitpunkt der Vereinigung 217 Theater und Spielstätten, 87 Orchester, rund 1000 Museen, 112 Musikschulen, über 7000 Bibliotheken, etwa 250000 registrierte Einzeldenkmäler, 180 historisch bedeutsame Stadt- und Dorfkerne und mehr als 1500 Kultur- und Klubhäuser. Damit sind noch längst nicht alle Galerien, Kinos, Heimatstuben, Kulturzirkel von Betrieben, Handwerksgenossenschaften, LPGs oder die fast 10000 Jugendklubs, meinst von der FDJ betreut und kontrolliert, mitgezählt. Die Kulturinstitutionen waren nicht nur städtisch oder unterstanden dem SED-Ministerium für Kultur, viele waren in der Hand von Kombinat, von Blockparteien, Gewerkschaften, Massenorganisationen; der Kulturbund sei ausdrücklich erwähnt.

Unbeschadet mancher wichtiger Nischen und nicht weniger Freiräume, die sich in diesem Netz kultureller Institutionen und Aktivitäten gebildet hatten – unterstreichen will ich, diese Nischen und Freiräume waren ja wichtig, aber sie waren immer auch ambivalent, und wer sich erinnert, wusste, wie schnell man an Grenzen kommen konnte; der spektakulärste Fall betraf mich persönlich, war der von Wolf Biermann und die Folgen seiner Ausweisung – verfolgte die Kulturpolitik der DDR das Ziel „der Verwirklichung der sozialistischen Revolution auf dem Gebiet der Ideologie und Kultur und die Herausbildung einer der Arbeiterklasse, dem schaffenden Volke und der Sache des Sozialismus ergebenden zahlreichen Intelligenz“. Ganz heiter, wenn man mal den alten Sound wieder hört, die Älteren erinnern sich noch. Diese kulturelle Struktur, das sage ich jetzt nun ganz nüchtern, ohne Zorn und ohne Begeisterung, war in ihrer Quantität und vor allem in ihrer ideologisch politischen Orientierung nicht zu halten – einfach gesagt. Trotzdem: Die Größe es Umbruchs bestand ja darin, dass sämtliche Rahmenbedingungen kulturellen Lebens, künstlerischer Produktion und Rezeption, die ökonomischen wie die ideellen, die politischen sich veränderten. Dabei zeigte sich übrigens, dass nicht jeder, der im öffentlichen Kulturbetrieb der DDR Anerkennung gefunden hatte, ein ins Unrecht verstrickter Staatskünstler war. Und umgekehrt war nicht jeder Kritiker des SED-Regimes wirklich ein anerkennenswerter Künstler. Die Frage der Bewertung spielte ja in der ersten Hälfte der 90er Jahre eine außerordentliche Rolle. Der Streit zwischen den Künstlern der DDR, den dagebliebenen und weggegangenen, war erbittert, so erbittert, wie ich mir das hätte vorher nicht vorstellen können. In der neuen Zeit sind die Künstler in individualistischer Lebensführung auf eigene Verantwortung und Rechnung, gewissermaßen als Selbstunternehmer zwischen Autonomie und sozialer Unsicherheit darauf angewiesen, Stipendien, Aufträge und Engagements zu akquirieren und sich neu und mühselig Publikum, Käufer und Kunstmärkte zu erobern. Nicht wenige sind dabei gescheitert und manche sind dabei sehr erfolgreich gewesen, haben es schnell gelernt. Auch das konnte man, wenn man einen Gutteil der DDR-Künstler kannte, nicht vorhersehen, wer in diesen neuen Bedingungen erfolgreich war und wer scheiterte. Für die meisten bedeutete dies, ihr künstlerisches Schaffen mit Lehrtätigkeit oder mit anderen, auch kunstfernen Einnahmequellen kombinieren zu müssen.

Dort, wo die ideologische Überformung sozialistischer Kulturpolitik überwog, bedeutete die Überführung in bundesrepublikanische Strukturen - gewiss einfach und brutal - Abwicklung und auch schmerzlichen Verlust, aufgrund oft übergroßer Personalbestände, ineffektiver Strukturen und der Auflösung politischer Zwangsstrukturen auch zu recht, und wenn man an

den Bereich der Massenmedien denkt, da wollten wir doch eine Menge loswerden, die allermeisten. Wenn auch, das will ich dann einschränkend sagen, manchmal durch betriebliche Privatisierung und ökonomische Radikalanpassung vieles unnötig schnell erzwungen wurde und manches zu früh auf der Strecke geblieben ist, so dass sich manche Struktur und manche künstlerische Existenz überhaupt nicht bewähren konnte.

Nehmen wir für diesen Schrumpfungprozess das Beispiel des Verlagswesens. Die 78 zugelassenen und lizenzierten DDR-Verlage waren eher ausgewachsene Literaturinstitute mit Kontroll- und Druckgenehmigungssystemen, weniger effiziente Wirtschaftseinheiten. Vor der Wende hatte etwa der Aufbau Verlag in Berlin und Weimar – das war der größte Verlag der DDR - 180 Mitarbeiter, davon allein 70 Lektoren. Während die pro Mitarbeiter und Jahr produzierte Titelzahl im Westen bei über 5 lag, betrug sie in der DDR unter 2. Das sind luxuriöse Verhältnisse, die wirklich nicht fortsetzbar waren, so gemütlich es im Verlag war. Ich habe im Aufbau Verlag mindestens zwei Mal Praktikum gemacht, das war sehr gemütlich: viel Zeit zum Lesen und zum Sprechen über Bücher. Fast 70% der Verlage wurden von Westunternehmen übernommen, nach 15 Jahren existierte nur noch die Hälfte davon als selbständige Einheiten, in der Regel mit einstelliger Mitarbeiterzahl. Erschienen 1989 jährlich 6500 Titel, so sind dies jetzt pro Jahr nur noch rund 1500 Neuerscheinungen aus Ostdeutschland, was bei insgesamt 70000 Titeln pro Jahr gerade einmal rund 2% der deutschen Buchproduktion entspricht.

Vordringliche Aufgabe in diesem Umbruch war, ausgehend vom Bekenntnis zum Kulturstaat im Einigungsvertrag, ein geradezu pathetisches Bekenntnis zum Kulturstaat Deutschland. Ich erinnere daran, weil wir jetzt im Zusammenhang mit der Verfassungsdebatte - jedenfalls die Kulturpolitiker – den Versuch machen, ein Staatsziel Kultur in die Verfassung einzubringen. Ich will mich vorsichtig ausdrücken, das ist vom Scheitern bedroht, jedenfalls ist es erst einmal verschoben worden. Ich weiß nicht, ob dies die Chance erhöht oder senkt, es in die Verfassung einzubringen, mal sehen. Ausgehend von dem Bekenntnis zum Kulturstaat im Einigungsvertrag ging es darum, die Sicherung nicht nur des Bewahrenswerten des 20. Jahrhunderts, sondern gerade auch des kulturellen Erbes Ost- oder Mitteldeutschlands zu wahren, das eng verbunden ist mit Protestantismus, Barockkultur und Aufklärung, mit deutscher Klassik und Romantik, mit künstlerischen Reformbewegungen des 20. Jahrhunderts von der „Brücke“ des deutschen Expressionismus bis hin zum „Bauhaus“. Aufgabe war die Umwandlung des zentral gesteuerten Kulturbetriebs in die föderale Struktur von Ländern und

Kommunen, was angesichts der durchaus maroden DDR-Hinterlassenschaft in mancherlei Hinsicht durch massive finanzielle Hilfe durch den Bund ermöglicht wurde. Das von der Bundesregierung 2001 und 2002 vorgelegte „Blaubuch“ bilanziert folgendermaßen: „So sehr die DDR bemüht war, die Kultur als staatliche Aufgabe zu pflegen, so sehr hat man, abgesehen von den ideologischen Implikationen, festzustellen, dass die Kultureinrichtungen in Ostdeutschland 1989 oftmals einen Rückstand von Jahrzehnten gegenüber den vergleichbaren Institutionen in Westdeutschland hatten. Das gilt nicht nur für die Gebäude, deren Zustand mit wenigen Ausnahmen als unzureichend bis katastrophal bezeichnet werden muss. Es gilt für die Ausstattung, die Lücken in den Sammlungen, den durch die Isolation des Ostens verursachten Rückstand an wissenschaftlichem Austausch und mangelnde internationale Orientierung. Diese Tatsachen sind zu bedenken, wenn man angetreten ist, die Lebensverhältnisse in Ost und West anzugleichen. Was die Mitarbeiter der Kultureinrichtungen in Ostdeutschland aber ihren Kollegen im Westen voraushaben, ist nicht nur die Fähigkeit zur Improvisation, sondern auch die Geduld, der lange Atem, der Wille zum Erfolg und das außerordentliche Engagement.“ Der das wesentlich mitgeschrieben und mit zu verantworten hat, ist ein berühmter Mann, Professor Raabe, der nun wahrlich hoch engagiert in Halle und in Ostdeutschland tätig war bei der Unterstützung und der Rettung nicht weniger Kultureinrichtungen.

Muss ich aufzählen, was in diesen ersten 15 Jahren, vor allem in den 90er Jahren, an Kulturförderung für Ostdeutschland vom Bund finanziert geleistet worden ist? Das „Substanzerhaltungsprogramm Kultur“ 1991-93 - ca. 230 Kulturstätten: Theater, Orchester, Opern, Museen, Gedenkstätten, Bibliotheken in Ostdeutschland mit Zuschüssen in Höhe von fast 1,5 Mrd. DM, das Infrastrukturprogramm oder das Denkmalschutzprogramm, das Programm der kulturellen Leuchttürme, das Infrastrukturprogramm „Kultur in den neuen Ländern“, das „Dach- und Fach-Programm“. Die Kulturförderung in Ostdeutschland, ich sage das, weil wir einleitend über die Verfassungsreform gesprochen haben, ist ganz wesentlich auch vom Bund unterstützt worden, weil natürlich die ostdeutschen Länder selber gar nicht die ausreichende Finanzkraft hatten, um das selber zu leisten. Hat sich das schon total geändert? Und wird sich das in den nächsten Jahren ändern? Das ist meine Sorge, dass man, wenn man den solidarischen Föderalismus verabschiedet und den Bund herausdrängt, dann die ostdeutschen Länder mit ihrer ja doch noch absehbar bleibenden Finanz- weil Steuerschwäche wirklich allein lässt, mit verheerenden Folgen. So wurde seit der Wende erheblich in Städtebau, in den Erhalt von Baudenkmalern, in das Kulturleben, in Theater,

Musik und Kunst investiert. Die Leistungen von Kommunen, Bund, Ländern, Stiftungen, Verbänden, Vereinen und privaten Initiativen bei der Bewahrung, Rettung und Erneuerung der kulturellen Überlieferung Ostdeutschlands sind überwältigend. Jemand, der schon zu DDR-Zeiten im Kulturbetrieb tätig war und der durchs Land gereist ist, kann das sehen. Die staatlichen Transferleistungen haben sich, nimmt man den Eindruck der vielen restaurierten historischen Städte, von Schwerin bis Görlitz, von Quedlinburg bis Leipzig, auch von Schlössern, Burgen und Klöstern, wirklich gelohnt.

Es bleibt festzuhalten, dass die Kulturausgaben – und das will ich dann hinzufügen, nachdem ich den Bund so gelobt habe - der Länder und Kommunen in Ostdeutschland pro Kopf nach wie vor deutlich höher sind als im Westen. Vergleichszahlen von 1998 sind z.B. Thüringen 198 DM, Sachsen 245 DM, dagegen Bayern 155 DM, NRW 134 DM. Diese bessere staatliche Unterstützung des Kulturbereichs gilt es gerade dort, wo wir auf das Kulturelle als Gegengewicht zu den wirtschaftlichen Problemen angewiesen sind, zu verteidigen. Genug des Lobes, ich wollte das so betonen, weil ja sonst vor allem die Elegien des Verlustes Ost gesungen werden.

Heute – und damit kommen wir in die Gegenwart - lösen schrumpfende Staatsausgaben einen gewissermaßen dialektischen Prozess aus: Einerseits geht es um die Verteidigung der sozialstaatlichen Tradition von Kultur als öffentlichem Gut im fiskalischen Verteilungskampf und gegen marktliberale Entstaatlichungsideologien; andererseits scheinen gerade diese neuen Gefährdungen, das immer zu knappe Geld, auch neue Kreativität freizusetzen.

So blieb die Situation der Not leidenden Museen, Theater, Chöre, Orchester, Musikschulen, Tanzensembles, Bibliotheken und anderen kulturellen Einrichtungen auch in jüngster Zeit kritisch. Die Verteidigung der einzelnen Institution stand und steht in gewisser Weise auch noch heute im Mittelpunkt kulturpolitischer Anstrengungen. Ein Verteidigungskampf dominiert. Durch die außerordentlichen Bundesfinanzen der ersten Jahre, durch Nutzung des ausgedehnten zweiten Arbeitsmarktes, durch besonderes Engagement, aber auch durch schlechtere Arbeitsverträge, durch Lohnkürzungen, Personalreduktion und radikal geschrumpfte Ankaufetats gelang es, viele Institutionen gerade noch zu erhalten, allerdings kaum dauerhaft zu sichern. Durch die in allen ostdeutschen Ländern immer wieder zurückgefahrenen öffentlichen Zuwendungen wurden sogenannte schwierige Umstrukturierungen notwendig, hinter denen sich in der Regel tiefe Einschnitte in die

Kulturlandschaft verbargen. Zusammenlegung und Kooperation waren oft vor Schließung der Institution oder Abschaffung des Ensembles noch das kleinere Übel, zahllose Beispiele gibt es dafür, und das ist ja auch sinnvoll. Sie bedeuteten aber eben auch eine Reduktion kultureller Vielfalt.

Kaum eine kulturpolitische Debatte, in der nicht ein negatives Fazit gezogen wurde und wird: „Dass das Ende der Fahnenstange längst erreicht ist, kann nicht mehr bezweifelt werden... Bedauerlicherweise empfiehlt sich der ostdeutsche Kulturbetrieb so längst als Modellfall für die neuen Wunderformeln vom Umbau Ost, in denen es um Schwerpunkt- und Zentrenförderung, um Aufweichung von Tarifvereinbarungen, um Sonderwirtschaftszonen, um unentgeltliche Arbeit und Ein-Euro-Jobs anstelle wirklicher Stellen geht.“ Es bleibt schwer, das Schrumpfen kultureller Institutionen zu gestalten oder gar aufzuhalten, wo selbst tragende Wirtschaft nicht in Gang kommt, Arbeitslosigkeit und Abwanderung anhält und jetzt Strukturen sinkenden Transferleistungen angepasst werden müssen.

Doch dem steht längst ein kulturpolitischer Aufbruch gegenüber, neue Wege der Kultur nicht trotz sondern wegen leerer öffentlicher Kassen zu ermöglichen. Mit der schönen Metapher vom *Labor Ostdeutschland*, da ist vor ein paar Jahren ein Buch dieses Titels erschienen, wo viele Beobachtungen zusammengetragen worden sind, mit dieser schönen Metapher wurde der Osten als Versuchsraum mit Modellcharakter für Gesamtdeutschland beschrieben, der zwar enorme Brüche und Verluste zu verzeichnen hat, wo andererseits aber gerade außerhalb bekannter Strukturen Neues gefunden und entwickelt wird. Trotz der besonderen Gefährdungen des traditionellen Kulturstaates führte das Ende von Industriezweigen und Wirtschaftsstandorten in Ostdeutschland zu einem Bedeutungszuwachs des Kulturellen, der seinesgleichen sucht. Weniger als Substanzerhalt und Artenschutz, sondern als Richtungswechsel des Erkennens und Auslotens der Funktionen von Kunst und Kultur in den Umbrüchen der Gesellschaft. Im Mittelpunkt steht nicht mehr nur die Frage, wie viel Kultur sich eine Gesellschaft leisten kann oder will, sondern hinzugetreten ist dort die Frage, welche Funktion Kultur im gesellschaftlichen Wandel hat. Denn ohne kulturelle Beiträge sind die politischen Zukunftsaufgaben kaum zu bewältigen, ob dies die steigende Abhängigkeit der Kulturproduktion von der freien Wirtschaft ist, die Notwendigkeit der kulturellen Gestaltung schrumpfender Städte, die Neubestimmung *glokaler* Identitäten, die Zukunft der Jugend in einer alternden Gesellschaft oder der Wandel der Arbeitsgesellschaft. Das sind alles kulturelle Fragen oder Fragen mit einem außerordentlichen kulturellen Aspekt.

Besonders letzterer – der Wandel der Arbeitsgesellschaft - animierte in den vergangenen Jahren zur These von der *Avantgarde Ost*. Zitat aus einem Buch dieses Titels von Wolfgang Engler: In Ostdeutschland zeige sich angesichts der schnelleren Auflösung der Arbeitsgesellschaft bereits heute die allgemeine postindustrielle Zukunft. Entworfen wurde die kulturkritische Vision der „Schaffung eines neuen kulturellen Modells...“, rechtzeitig und umfassend Vorsorge für ein erfülltes Dasein ohne (regelmäßige) Erwerbsarbeit“ zu treffen. Die aus den achtziger Jahren bekannte Sozialutopie, Wachstumsgewinne gegen menschenwürdiges Leben mit weniger oder sogar ohne Arbeit zu tauschen, bekam erneut Konjunktur: Kann man den erzwungenen Ausstieg aus der Arbeitsgesellschaft so gestalten, dass er nicht nur lebbar ist, sondern anziehend wird, zur inneren Alternative der Arbeitsgesellschaft avanciert? Diese These fand Verbreitung, passte sie doch zum Lebensgefühl und Habitus eines jugendkulturellen oder jung-künstlerischen Milieus, etwa da, wo ich wohne, in Berlin-Mitte/Prenzlauer Berg. Die Realität allerdings bleibt demgegenüber widersprüchlich: Lernprozesse, Verhaltensänderungen und Projekte eines neuen *underground* werden bei Intellektuellen und Kulturschaffenden nicht nur durch einen freiwilligen mentalen Aufbruch ausgelöst, sondern meist durch den verriegelten Arbeitsmarkt, sowie durch die schiere Geldnot der ostdeutschen Länder und Kommunen erzwungen.

Zu beobachten ist eine improvisierte junge Kunst, die oft auf Symbole der DDR und des Ostens ironisch Bezug nimmt, deren freche Kreativitätsschübe und der Gestus trotzigem Widerstands gegen den staatlichen Kulturabbau eine neue Melange eingehen. Wie in der Malerei die extrem erfolgreiche *Neue Leipziger Schule*, sieht eine junge Künstlergeneration – übrigens aus Ost *und* West – die Ost-Erfahrung als eine eigentümliche Bereicherung an und als Vorteil etwas mehr vorweisen zu können als die anderen im Westen. Berlin und nicht wenige ostdeutsche Städte sind einfach für die jungen Kulturschaffenden viel spannender, viel anregender als der, wie die es empfinden, saturierte Westen. Der Osten wird so stilisiert zum Vorreiter beim Nachdenken über Innovationen, die auch im Westen notwendig sind. Soviel ist daran richtig: Die Kultur und die Künste übernehmen immer mehr Funktionen von sozialer Integration und schaffen die dringend benötigten Gesprächsräume zur Gestaltung des tief greifenden Wandels. Kulturarbeit wird zu einer zentralen Ressource ostdeutscher Sinnproduktion.

Konzeptionelle Neuanfänge, aus der ostdeutschen Region geboren, haben eine Chance. Reden wir von erfolgreichen Stadttheaterkonzepten von Zittau über Senftenberg, Schwedt, Cottbus, Anklam bis nach Meiningen, nicht wie im Westen oder in Berlin bildungsbürgerlich und avantgardistisch, sondern mit lokaler und regionaler Verankerung, an der konkreten gesellschaftlichen Situation und den kommunikativen Bedürfnissen der ansässigen Bevölkerung orientiert. Ich betone das so als Berliner, weil ich gelegentlich den Eindruck habe, dass unsere Theater- und Kunstkritik genau diesen wichtigen Prozess nicht wahrnimmt, der durchaus zukunftsweisende Qualität hat. Jenseits des irgendwie ja auch ewigen Klagelieds vom Untergang der Kultur ist längst eine neue kulturelle Praxis entstanden: Kultur findet in Ostdeutschland neuen Zuspruch, wenn sie eine gesellschaftsbildende Funktion übernimmt und Kommunikationsräume quer zu den Medien schafft. Darin knüpft sie an ihre Rolle zu DDR-Zeiten an. Denn was war der Raum der Kultur, was waren die Künste, die Literatur, das Theater, der Film zu DDR-Zeiten? Ein besonderer Raum der Kommunikation gegen herrschende Ideologie und politisch verkommene Kommunikation. Ich finde, das ist eine Fortsetzung einer Tradition, die ich für sehr gewichtig halte. Auf gleicher Augenhöhe geht es um die Aushandlung konkreter regional, sozial und politisch bestimmter Kommunikationszusammenhänge und –bedürfnisse. Kulturpolitik sollte solche Graswurzelkultur – um ein modisches Wort zu verwenden - nach dem Prinzip *form follows function* unterstützen und in der Region eben nicht auf den internationalen oder hauptstädtischen Kunstdiskurs des intellektuellen Großstadtpublikums schießen. Mehr Selbstbewusstsein in der Provinz, um dieses Wort nun ausdrücklich positiv zu verwenden.

Nach den Umbrüchen der Wendezeit und der relativen kulturellen Stabilisierung in den neunziger Jahren wird nun also im neuen Jahrhundert thematisiert, wieweit kulturelle Innovationen aus dem Osten und der ostdeutschen Region für Gesamtdeutschland wichtig sein können. Endlich scheint anzukommen, dass Westdeutschland nicht mehr so weitermachen kann wie zu Zeiten der rheinischen Republik. „Überspitzt gesagt, entspricht der Verwestlichung der Lebensverhältnisse im Osten eine Veröstlichung des Lebensgefühls im Westen“. Das war ein Zitat des Westberliner Schriftstellers Peter Schneider. Es verweist auf die kulturhistorische These, dass die Besiegten der Geschichte kraft größerer Flexibilität und der kreativen Not, ihre Niederlage zu verarbeiten und Mythen darüber zu erschaffen, den Siegern am Ende einen guten Teil ihrer Kultur aufdrücken. Die Kultur des Ostens in Gesamtdeutschland lebt: ob dies Erfolgsautoren sind wie Ingo Schulze, Thomas Brussig oder Jens Sparschuh, ob dies Filmerfolge oder die Erfolge der Dresdner und Leipziger Maler sind,

die auf dem internationalen Kunstmarkt höchst erfolgreich sind, ob dies das Theater von Heiner Müller war oder von Frank Castorf ist - von den vielen Schauspielern, Dokumentarfilmern, Konzertmusikern, Fernsehstars und Popmusikern bis hin zur volkstümlichen Schunkelmusik ganz zu schweigen. Und die ostdeutschen Fußballer habe ich noch nicht einmal erwähnt, ohne die es ganz schlecht aussähe.

Eine Gesellschaft bleibt dynamisch, wenn sie sich die Leidenschaft und Werte von Neubürgern zunutze macht. Auch im Westen hat sich nach der deutschen Einheit mittlerweile der Wertewandel selbst gewandelt. War noch in den siebziger und achtziger Jahren das beständige Wachstums die Basis - das war die Geschichte der alten Bundesrepublik und ihres sozialen Friedens, alle Verteilungskonflikte konnten deshalb friedlich gelöst werden, weil es irgendwie immer Zuwächse zu verteilen gab, und dass es dabei einigermaßen gerecht zuging, dafür waren Gewerkschaft und Sozialdemokratie die Garanten. Was passiert, wenn auf absehbare Zeit solcherart den Westdeutschen vertraute Zuwächse nicht mehr zu verteilen sind, wenn unsere ostdeutsche Erwartung auf Anteil an deren Zuwächsen auch nicht mehr befriedigt wird, was verändert sich da? Auf der Basis kontinuierlichen Wachstums gab es – und das erscheint vielen Westdeutschen, wenn ich das Feuilleton richtig lese, heute geradezu als etwas Fremdes - Wertetrends zu mehr Freiheit, zu größerem individualistischen Autonomiestreben, zu mehr Selbstverwirklichung und Selbstentfaltung bis hin zu mehr Egozentrik und Egoismus. Sozialdemokratisch gesprochen waren das Berliner Programm und Oskar Lafontaine Ausdruck dieses Wertetrends, wenn Sie diese feine, subtile Anmerkung mir erlauben. Was ist, wenn sich die Situation verändert? Ich zitiere einen wunderbaren Aufsatz unter dem Titel „Der Wandel des Wertewandels“: „Das Pendel ist zurückgeschlagen. Viele Menschen streben nicht länger nach individueller Autonomie und Selbstverwirklichung, sie kosten ihre Freiheitsgrade nicht länger aus, sie sind vielmehr auf der Suche nach Sicherheit, Ordnung und Gemeinschaft“. Die lineare soziokulturelle Entwicklung ist vorbei, es geht um neue Kombinationen, etwa von Sicherheit und Selbstverwirklichung in der Arbeitswelt oder in der Familie. Zu dieser neuen Mischung und zur Renaissance von Gemeinschafts-, Sicherheits- und materiellen Werten hat übrigens – so beobachten die soziologischen Seismographen - der Einfluss des Ostens entscheidend beigetragen. Und zwar auf doppelte Weise, wenn ich das sagen darf. Dadurch, dass er viele Probleme nach Gesamtdeutschland mitgebracht hat, und dadurch, dass er sozusagen eine andere Mentalität mit sich trägt. Von der hat Peter Schneider in seinem Aufsatz gesprochen. Sieht man seine eigenständigen Leistungen, die Leistungen des Ostens, seine kulturelle Innovationskraft, den sich jetzt

ebenfalls verändernden Westen, so lässt sich schlussfolgern: Nach 16 Jahren sind weniger die Kunst und die kulturelle Einheit das Problem, vielmehr sind dies die wachsenden wirtschaftlichen Disparitäten zwischen boomenden und peripheren Regionen. Hat man in den 90er Jahren vor allem über die kulturellen und Mentalitätsunterschiede zwischen Ost und West gesprochen, müssen wir jetzt sprechen über die wirtschaftlichen Disparitäten zwischen erfolgreichen und nicht erfolgreichen Regionen. Eine ganz andere Konstellation.

Ich will zum Schluss in zehn Punkten zusammenfassen, was mir wichtig erscheint:

1. Es brauchte vielleicht 16 Jahre, damit der enorme Zugewinn der vielfältigen historischen Kulturlandschaft Ostdeutschlands für Gesamtdeutschland wirklich gewürdigt wird. Ich sage das deshalb, weil ich vor einem halben Jahr in Bonn eine Ausstellung eröffnet habe vor einem riesigen Publikum über die Kunstschatze Ostdeutschlands. Ich habe dort eine große Werberede gehalten und diese Ausstellung geht jetzt übrigens ins europäische Ausland um sichtbar zu machen, welchen kulturellen Reichtum Ostdeutschland tatsächlich hat, historisch bis in die Gegenwart hinein. Als Deutschland geteilt war, galt der Begriff und wohl auch die Realität der Kulturnation als entscheidende Klammer, während nach Herstellung der staatlichen Einheit die kulturelle Differenz – analysiert zumeist als abweichendes Bewusstsein Ost – von besonderem Interesse war und Gegenstand heftiger Debatten. Doch nun entdecken die Westdeutschen neu, was aus ihrem Blick geraten war. Denken wir an die Fluthilfe im Sommer 2002, denken wir an die Bürgergelder für den Wiederaufbau der Dresdner Frauenkirche: Könnte sich allen Debatten und Analysen der 90er Jahre zum Trotz könnte die kulturelle Einheit doch noch vor der wirtschaftlichen Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse herstellen? Ich sage dies fragend, weil ich selber immer gesagt habe, Mentalitäten entstehen langsam und verändern sich langsam, die kulturellen Unterschiede zwischen uns zu überwinden, wird ein wahrscheinlich noch mühseligerer Prozess sein als die wirtschaftlichen Unterschiede. Jetzt bin ich nicht mehr so sicher, ob ich in dieser Prognose Recht haben werde oder ob nicht das Gegenteil eintritt.
2. Kultur erweist sich – gerade auch angesichts des wirtschaftlichen Zurückbleibens - als das eigentliche Pfund Ostdeutschlands. Gleichzeitig zeigt sich in Ostdeutschland die Kultur immer besonders gefährdet durch eine falsche Kulturpolitik: Zu DDR-Zeiten

als die bornierte ideologische Beschränkung der SED-Diktatur, jetzt als angeblich unentrinnbarer Sparzwang, dem angesichts von Entindustrialisierung und Abwanderung allzu viele kulturelle Institutionen zum Opfer fallen.

3. Die Behauptung einer Sonderidentität Ost: wie viele haben davon geredet und wie sehr musste ich mich im Laufe der 90er Jahre immer dagegen wehren, dass ich nun endgültig ein DDR-Bürger geworden sei! Diese Behauptung einer Sonderidentität Ostdeutschlands ist sehr ambivalent. Sie war, wiewohl vielleicht ein verständlicher Schutzmechanismus gegen die kulturelle Westdominanz, oft rückwärtsgewandt und dann mit dafür verantwortlich, dass sich seltener und später als in den jungen osteuropäischen Nachbardemokratien eine eigenständige, hoffnungsvoll zu neuen Ufern aufbrechende Nachwuchskultur herausbildete, was inzwischen – davon habe ich so ausführlich und begeistert gesprochen – passiert ist. In diesem Sinne symbolisierte 1989 nicht den Vorboten von etwas Neuem, sondern die Vollendung von etwas Bekanntem, oder Habermas hat gesprochen von einer „nachholenden Revolution“. In den letzten Jahren allerdings ist durch die Erfahrungen positiver Krisenbewältigung gerade bei jüngeren Ostdeutschen ein kreatives und selbstbewusstes neues Potential entstanden, das wiederum Rückwirkungen auf die Reformunwilligkeit des Westens selbst zeigt. All das sind widersprüchliche und schmerzliche Vorgänge. Ich idealisiere da nichts, aber ich will Ihnen zu zeigen versuchen: gucken wir auf dieses Neue, was da entsteht.
4. Eine Errungenschaft der Vereinigung ist die neben aller föderalen Verantwortung dauerhaft gestärkte Bundeskulturpolitik. Zum einen konnten so jährlich mehr Gelder, fast 1 Mrd. €, d.h. rund 12% der öffentlichen Mittel (2004), für Kunst und Kultur mobilisiert werden. Zum anderen konnten so neben gesamtstaatlich repräsentativer Kultur gerade Projekte der Institutionenreform und der Hilfe zur Selbsthilfe in Ostdeutschland gezielt gefördert werden. Ein kultureller Kahlschlag wie in manch anderen postkommunistischen Ländern konnte so bei uns vermieden werden. Für die Zukunft steht im Koalitionsvertrag der großen Koalition eindeutig, „die Kulturförderung des Bundes in den neuen Ländern wird fortgesetzt.“
5. In der politischen Programmatik ist durch die deutsche Vereinigung Kultur gewissermaßen vom Rand in die Mitte der Agenda gerückt. Die Erkenntnis hat sich

verbreitet, dass Investitionen in die Kultur kein nachrangiges Politikfeld, schon gar keine Subvention sind, denn das Schicksal der Subvention ist vorgezeichnet, man möchte sie am liebsten kürzen, streichen. Und deswegen war es so wichtig, dass dieser lapidare Satz auch im Koalitionsvertrag steht. Und ich weiß noch, wer ihn dort hineingeschrieben hat.... Welche Rolle können Kultur und Bildung haben, um Regionen zu stützen oder nachhaltig zu entwickeln? Ostdeutschland als Kulturregion und als Bildungs- und Forschungsregion das ist die fundamentale Perspektive! Dazu beispielhafte Sätze aus Sachsen-Anhalt: „Dichtes kulturelles Leben fördert regionale Identität und Bürgerschaftlichkeit: Vertrauen in die Zukunft hängt von der Wahrnehmung der eigenen Lebensumwelt als Erfolg versprechend ab. Deshalb sind Investitionen in die Kultur Voraussetzungen für die Bildung eines dichten zivilgesellschaftlichen Netzwerks. Sie wirken umso besser, je direkter sie an bereits vorhandenen Initiativen ansetzen. Deshalb ist die Förderung kultureller Kleinprojekte wirksamer als die Förderung von teuren Großeinrichtungen. Auf der anderen Seite können Leuchtturm-Kultureinrichtungen Identität stiften, die umso nötiger ist, je mehr die auf Erwerbsarbeit gegründeten Identitäten nicht mehr tragen“.

6. Der Aufbruch einer neuen innovativen Kultur vor Ort sollte in der Kulturpolitik dazu führen, nachdem wesentliche Sanierungsarbeiten abgeschlossen sind, sich nicht allein auf die Leuchttürme zu konzentrieren. Die Akteure und Initiativen, die sich lokal und regional um aktuelle Bewegungen von unten bemühen, sollten nicht ignoriert werden. Das sozialdemokratische Postulat *Kulturpolitik ist Gesellschaftspolitik*“ scheint für den Osten mehr denn je zu gelten. *Kultur für alle* bedeutet, die kulturellen Akteure als Schlüsselfiguren für einen gesellschaftlichen Wandel, der sich nicht nur nach den Marktgesetzen richtet, zu begreifen, sie anzusprechen und entsprechend zu unterstützen.
7. Zugespitzt formuliert hat die deutsch-deutsche Blickverengung auf den kulturellen Befindlichkeitsdiskurs mit dazu beigetragen, dass die durch die Globalisierung veränderten Rahmenbedingungen zu lange wenig beachtet wurden und reformpolitische Antworten aufgeschoben blieben. Die kulturelle Offensive des Ostens kann jetzt als Korrektiv wirken, die Lernbotschaften aus dem Osten nicht auf die Entfesselung der Märkte zu reduzieren. Ich will das noch einmal erläutern: Gelegentlich habe ich den Eindruck oder die Befürchtung, dass Ostdeutschland für

Marktradikale als ein Feld gilt, wo man Sozialstaatlichkeit und soziale Regelungen abbauen kann. Im Sinne von mehr Flexibilisierung, mehr Mobilität. Das wäre nicht nur zu wenig, sondern das Falsche. Die Lernbotschaften aus dem Osten könnten und müssten vor allem kultureller Natur sein. Es geht darum, sich von negativen Vorzeichen – Arbeitslosigkeit, Wachstumsschwäche, Schrumpfung, Überalterung, Entvölkerung – nicht lähmen zu lassen, die humane und demokratische Substanz der Gesellschaft zu wahren, das kulturelle Selbstgespräch der Gesellschaft auch darüber zu fördern, wieweit unter den Bedingungen von Benachteiligung und Randlage nicht nur Überlebenskampf, sondern ebenso Lebensqualität, kulturelles Niveau und Glück möglich sind. Beschrieben ist damit die vorrangige Aufgabe eines weit reichenden kulturellen Aufbruchs.

8. Wir Deutschen haben die Erfahrung gemacht, dass die Vereinigung unseres Landes nicht nur und nicht wesentlich ein wirtschaftlicher, ein ökonomischer Prozess ist, sondern dass sie nur gelingt, wenn sie zugleich als ein kultureller Prozess der Verständigung, des Ausgleichs, des Suchens nach Neuem begriffen wird. Diese Erfahrung gilt offensichtlich auch für die europäische Einigung. Vor zwei Jahren haben wir die Osterweiterung der EU gefeiert, die Wiedervereinigung Europas. Und nach zwei Jahren ist Europa in einer tiefen Krise. Die Absage an die europäische Verfassung in den Referenden von Frankreich und Holland ist ja nicht die Absage an den Vertragstext der Verfassung, sondern es ist die Absage an ein asoziales Europa, ein Europa, das vor allem definiert ist als ein Raum freien, radikalen Wettbewerbs. Davor hat die Mehrheit der Europäer verständlicherweise Angst. Darum wird es auch gehen, ob es gelingt, aus diesem Europa ein soziales Europa zu machen, ein Europa auch der kulturellen Verständigung, der Verständigung über unterschiedliche Erinnerungen, historische Gedächtnisse, unterschiedliche Mentalitäten, unterschiedliche Kulturen. Auch darin ist offensichtlich in diesem so dominant ökonomischen und politisch erscheinenden Prozess Kultur und Kulturpolitik von außerordentlichem Rang.
9. Wir haben uns angewöhnt, in Feiertagsreden über die Globalisierung, ihre Chancen und ihre Gefahren, auch über den Dialog der Kulturen zu reden. Das Überraschende und Paradoxe ist, dass in den weltpolitischen Auseinandersetzungen und Gefährdungen der Gegenwart Kulturfragen eine ganz außerordentliche Rolle spielen.

Ich erinnere nur an den Karikaturenstreit. Ich erinnere an den Kopftuchstreit. Ich erinnere an die Auseinandersetzung zwischen Religionen, die Ängste vor einem Kampf der Religionen. Ich brauche das nicht weiter ausführen, an dieser Stelle auch sieht man, welche außerordentliche Rolle Kultur und Kulturpolitik und die Anstrengungen zu kultureller Verständigung in der Gegenwart und in der Zukunft spielen werden. Und das ist nicht nur eine Aufgabe fern von uns, sondern eine Aufgabe vor Ort.

10. Ohne kulturelle Anstrengungen, ohne Bildungsanstrengungen, wird es uns nicht gelingen, in der Härte der Veränderung, die Sieger und Opfer kennt, alltägliche, menschliche Humanität zu verteidigen. Wir erleben, da ist nichts zu beschönigen, dass in Ostdeutschland die Zahl rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten und der Wähler rechtsextremistischer Parteien deutlich höher ist als im Westen. Ich will jetzt hier nicht über die Gründe reden, aber damit fertig zu werden, diese Gefährdung zu überwinden, ist gewiss an erster Stelle auch eine Aufgabe der Anstrengungen, die zur Überwindung und Verringerung von Arbeitslosigkeit führen, zu größerer sozialer Sicherheit. Aber machen wir uns nichts vor. So schwierig diese Aufgabe zu lösen wird, selbst deren Lösung würde nicht reichen. Fremdenfeindlichkeit, Ausländerhass, autoritäre Einstellungen, mädchen- und frauenfeindliche Mentalität sind zu überwinden. Um dieses zu erreichen und auch in diesem Teil Deutschlands alltägliche Humanität als das selbstverständliche Bindeglied durchzusetzen, dazu bedarf es der Kultur, der Künste, eines funktionierenden, eines lebendigen, eines blühenden kulturellen Lebens. Denn das bleibt ja unser gemeinsames Ziel. Wir wollen in einer Gesellschaft leben, in der wir ohne Angst als Menschen Verschiedene sein können.

Herzlichen Dank fürs Zuhören.

